



COVID-19 – Newsletter 96

23.11.2021

Noch immer stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken. Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Lockdown vom Hauptausschuss des Nationalrates beschlossen	4
3. Aktuelle Maßnahmen im Überblick	4
4. Altbewährte Corona-Hilfen für die Wirtschaft.....	6
5. Bundesjugendvertretung zu Lockdown: Kinder und Jugendliche dürfen nicht draufzahlen!.....	6
6. Rund 70 Prozent der SchülerInnen am ersten Lockdown-Tag anwesend.....	7
7. Forderung nach Autonomie für Schulen	7
8. Vergangene Woche rund 5.400 positive Schul-PCR-Tests.....	8
9. Sozialhilfe: Einbeziehung in die gesetzliche Krankenversicherung wird um zwei Jahre verlängert	8
10. Skifahren bleibt im Lockdown möglich.....	8
Aus den Bundesländern.....	9
1. Landeshauptleute demonstrierten Geschlossenheit	9
2. Prognose: Zahl der PatientInnen in Salzburg sprengt Kapazitäten.....	10
3. Drei Viertel der BurgenländerInnen zumindest einmal geimpft	10
4. Impfstart für Kinder in NÖ für Ende der Woche geplant.....	10
5. Impftermine für Kinder in Wien gut gebucht	10
6. Tirol weitet Angebot für Kinder aus	11
7. Tirol: Recyclinghöfe erwarten Lockdown-Ansturm.....	11
8. Burgenland verlängert Hilfspaket für Kunst und Kultur.....	11
9. 36 Beanstandungen am ersten Tag des Lockdowns in NÖ	11
10. Steiermark: Kein Freitesten mehr am Ende der Quarantäne	12
Aus den Städten und Gemeinden.....	13
1. Bürgermeister Luger: Lockdown und Impfpflicht sinnvoll – Schulen nur noch für unbedingt notwendige Betreuung	13
Europa und International	14
1. Auch in Deutschland wird über eine Impfpflicht diskutiert.....	14
2. Deutschland: Bund-Länder Gipfel zu Corona	14
3. Ausschreitungen bei Demos in Belgien und den Niederlanden.....	15
4. IT-Panne bei Start von 2-G-Regel in Tschechien	15
5. Lockdown für Ungeimpfte in Slowakei.....	15
6. Landesärztekammer Sachsen: „Wir müssen triagieren“	16
7. Südtirol verschärft Maßnahmen.....	16
8. Internationales Medienecho zu Impfpflicht und Lockdown in Österreich.....	16



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **18. November 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 472/2021](#)

Änderung der Verordnung für die befristete Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern im Tourismus und in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2021

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **19. November 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 473/2021](#)

Änderung der COVID-19-Schulverordnung 2021/22 –
C-SchVO 2021/22

[BGBl. II Nr. 474/2021](#)

Festlegung des Zeitraums für Freistellungen nach § 735
Abs. 3 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz und § 258
Abs. 3 Beamten-Kranken- und
Unfallversicherungsgesetz

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **21. November 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 475/2021](#)

5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-NotMV

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **22. November 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 476/2021](#)

Festlegung des Zeitraums für Freistellungen nach § 12k
Abs. 1 Gehaltsgesetz 1956 und § 29p Abs. 1
Vertragsbedienstetengesetz 1948

[BGBl. II Nr. 479/2021](#)

Änderung der Verordnung gemäß § 3 b Abs. 3 des
ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die
Gewährung eines Verlustersatzes durch die COVID-19
Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG)

[BGBl. II Nr. 477/2021](#)

Vorliegen der Voraussetzungen für die vorübergehende
Ausnahme vom Präsenzunterricht für die theoretische
Fahrschulausbildung

[BGBl. II Nr. 480/2021](#)

Änderung der Verordnung, mit der zur Verhinderung
der Verbreitung von COVID-19 besondere
Vorkehrungen in Strafsachen getroffen werden

[BGBl. II Nr. 478/2021](#)

Änderung der Verordnung gemäß § 3 b Abs. 3 des
ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die
Gewährung eines begrenzten Fixkostenzuschusses bis
EUR 800.000 durch die COVID-19
Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG)

[BGBl. II Nr. 481/2021](#)

Änderung der Verordnung über besondere
Vorkehrungen im Anwendungsbereich des
Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung
von COVID-19



2. Lockdown vom Hauptausschuss des Nationalrates beschlossen

Der Hauptausschuss des Nationalrates hat am Sonntagabend den angekündigten Lockdown für ganz Österreich ab Montag beschlossen. Dafür gestimmt hat neben den beiden Koalitionsparteien ÖVP und Grüne auch die SPÖ. Damit gelten ab Mitternacht wieder für alle Bürger Ausgangsbeschränkungen. Die Regierung hat den Lockdown für 20 Tage bis 12. Dezember angekündigt, da die Ausgangsbeschränkungen aber nur jeweils für 10 Tage beschlossen werden können, müssen sie danach verlängert werden.

3. Aktuelle Maßnahmen im Überblick

Ab 22. November 2021 gelten vorerst folgende Regelungen:

Maskenpflicht:

- FFP2-Maske verpflichtend in allen geschlossenen Räumen, auch am Arbeitsplatz (sofern keine anderen geeigneten Schutzvorrichtungen vorhanden)

Abstandspflicht:

- Zu haushaltsfremden Personen soll ein Abstand von 2 Metern eingehalten werden

Ausgangsbeschränkungen:

- Ganztägige Ausgangsbeschränkungen
- Ausnahmegründe zum Verlassen des eigenen privaten Wohnbereichs sind:
 - Abwendung einer unmittelbaren Gefahr von Leib, Leben & Eigentum
 - Betreuung und Hilfe für unterstützungsbedürftige Personen sowie die Ausübung familiärer Rechte und Erfüllung familiärer Pflichten
 - Deckung der notwendigen Grundbedürfnisse des täglichen Lebens:
 - notwendige Besorgungen des täglichen Lebens,
 - Kontakt mit einzelnen engsten Angehörigen, wichtigen Bezugspersonen oder dem oder der nicht im Haushalt lebenden Lebenspartner bzw. Lebenspartneringegesundheitliche Versorgung inklusive des Weges zur Corona-Schutzimpfung und zu Testungen auf SARS-CoV-2
 - Deckung religiöser Grundbedürfnisse
 - Versorgung von Tieren & Tierarztbesuche
 - Berufliche Zwecke und Ausbildungszwecke, sofern erforderlich
 - Aufenthalt im Freien zur körperlichen und psychischen Erholung
 - Wahrnehmung von unaufschiebbaren behördlichen oder gerichtlichen Wegen
 - Teilnahme an gesetzlich vorgesehenen Wahlen
 - Betreten von bestimmten Kundenbereichen
 - Zur Teilnahme an bestimmten Zusammenkünften, wie u.a. Begräbnisse oder Demonstrationen.

Reisen:

- Auslandsreise ist möglich (psychische und physische Erholung im Freien); es sind natürlich die Einreisebestimmungen bei der Einreise ins Zielland und nach Österreich zu berücksichtigen.

Verkehrsmittel:

- Fahrgemeinschaften von haushaltsfremden Personen unterliegen der FFP2-Maskenpflicht
- Die Benutzung von Reisebussen und Ausflugsschiffen ist zurzeit nicht möglich.

Kundenbereiche, Handel & Dienstleistungen:

- Betriebsstätten des Handels sowie körpernaher Dienstleistungen, Freizeiteinrichtungen und Kultureinrichtungen dürfen nicht betreten werden.



- Kundebereiche für nicht körpernahe Dienstleistungen dürfen nur nach Vorlage eines 2-G Nachweises betreten werden. Kund:innen haben weiters eine Maske zu tragen. Ist dies aufgrund der Eigenart der Dienstleistung nicht möglich, ist durch andere geeignete Schutzmaßnahmen das Infektionsrisiko zu minimieren.
- Ausnahmen bilden Betriebsstätten der Grundversorgung. Es dürfen nur Waren angeboten werden die dem typischen Warensortiment der Betriebsstätte entsprechen. Hier müssen Kundinnen und Kunden eine FFP2-Maske tragen z. B.:
 - öffentliche Apotheken
 - Lebensmittelhandel und bäuerliche Direktvermarkter
 - Drogerien und Drogeriemärkte
 - Banken
 - Tankstellen

Schule:

- Schule für alle, die sie brauchen
- Stundenplan bleibt aufrecht
- Für alle Schulstufen gilt eine Maskenpflicht im Schulgebäude sowie Klassen- und Gruppenräumen.
- Kinder dürfen jedoch ohne ärztliches Attest zu Hause bleiben. Schulen stellen Betreuung und Lernpakete für diese Kinder sicher.

Ort der beruflichen Tätigkeit:

- Generelle Home-Office-Empfehlung, auch Bundesbedienstete arbeiten von zuhause aus

Gastronomie:

- Betriebsstätten der Gastronomie dürfen nur für die Abholung von Speisen und alkoholfreien sowie in handelsüblich verschlossenen Gefäßen abgefüllten alkoholischen Getränken betreten werden. Hierbei ist eine Maske zu tragen. Die Konsumation ist nicht im Umkreis von 50m gestattet.
- Advent- und Weihnachtsmärkte dürfen derzeit nicht stattfinden.

Impfoffensive:

- 3. Dosis bei Vektorimpfstoffen (Astra/Zeneca, Johnson & Johnson) ab dem 4. Monat nach der 2. Impfung empfohlen
- 3. Dosis bei mRNA-Impfstoffen (Biontech/Pfizer, Moderna) ab dem 4. Monat möglich
- Verkürzung der Gültigkeit des Grünen Passes spätestens ab Februar 2022 auf 7 Monate

Grüner Pass:

- Gültigkeit für 270 Tage nach der 2. Impfung, danach braucht es eine 3. Dosis für ein gültiges Zertifikat (tritt am 06.12.2021 in Kraft).
- Für Janssen-Geimpfte gilt ab 03.01.2022: Es braucht eine 2. Dosis für einen gültigen Grünen Pass.

Einhaltung der Vorschriften:

- Verschärfung von Kontrollen
- Erhöhung von Strafen

Quelle: <https://www.sozialministerium.at/Informationen-zum-Coronavirus/Coronavirus---Aktuelle-Ma%C3%9Fnahmen.html>



4. Altbewährte Corona-Hilfen für die Wirtschaft

Für Branchen wie Handel, Gastronomie und Hotellerie kommt der neue bundesweite Lockdown in Österreich zur Unzeit. Daher werden altbewährte Instrumente wie Ausfallbonus, Verlustersatz und Härtefallfonds wieder eingesetzt, teilte Finanzminister Gernot Blümel in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Arbeitsminister Martin Kocher und Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer mit.

Den Ausfallbonus gibt es bei einem Umsatzeinbruch von mindestens 40 Prozent im Vergleich zum gleichen Monat 2019, also vor der Pandemie. 10 bis 40 Prozent des Umsatzrückgangs können erstattet werden, maximal 2,3 Millionen Euro statt bisher 1,8 Millionen Euro. Die Hilfe gilt von November 2021 bis März 2022 und kann ab 16. Dezember beantragt werden. Die Kosten belaufen sich auf bis zu 700 Mio. Euro im Monat.

Verlustersatz bis März 2022

Auch gibt es einen Verlustersatz bei mindestens 40 Prozent Umsatzeinbruch im Vergleich zum identen Monat 2019. 70 bis 90 Prozent des Verlustes können ersetzt werden, maximal 12 Millionen Euro, statt wie bisher 10 Millionen. Dieser gilt von Jänner bis März 2022 und kann ab Jänner 2022 beantragt werden. Die Kosten der Maßnahme sind noch offen.

Bei mindestens 40 Prozent Einkommensrückgang oder wenn die laufenden Kosten nicht mehr gedeckt werden können, gibt es Mittel aus dem Härtefallfonds. Die Ersatzrate liegt bei 80 Prozent, zu züglich 100 Euro des Nettoeinkommensentgangs. Die Beihilfe läuft bis März 2022, es gibt zwischen 600 und 2.000 Euro. Die Maßnahme kostet 100 Millionen Euro pro Monat. Auch Steuerstundungen und Herabsetzung wird es weiter geben, kündigte Blümel an.

Kulturhilfen werden verlängert

Auch in der Kultur werden die Corona-Hilfen verlängert und aufgestockt, wie Staatssekretärin Mayer bekanntgab. Konkret wird der NPO-Fonds bis zum ersten Quartal 2022 verlängert und mit zusätzlichen 125 Millionen Euro dotiert. Die Hilfen im Rahmen der Künstlersozialversicherung werden ebenfalls über November hinaus bis zumindest in das erste Quartal des kommenden Jahres verlängert und von 150 auf 175 Millionen Euro aufgestockt. In den Lockdown-Monaten gelangen pro Antrag 1.000 Euro statt 600 Euro zur Auszahlung. Der Covid-19-Fonds des KSVF (Künstlersozialversicherungs-Fonds) wird von 40 auf 50 Millionen Euro aufgestockt.

Kurzarbeit mindestens bis Jahresende möglich.

Arbeitsminister Kocher erinnerte daran, dass die Corona-Kurzarbeit bis Jahresende gelte, also den jetzt angekündigten Lockdown abdecke. Wie es danach weitergeht, ist noch offen. Jetzt aber sei noch eine Reduktion der Arbeitszeit bis zum völligen Arbeitsausfall möglich, bei einem Nettoeinkommensersatz von 80 bis 90 Prozent.

Ab Montag den 22. November haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen in die Risikogruppe fallen, wieder die Möglichkeit, sich ein Risiko-Attest zu besorgen und im Bedarfsfall freistellen zu lassen. Damit wird eine im Sommer ausgelaufene Bestimmung wiederbelebt.

5. Bundesjugendvertretung zu Lockdown: Kinder und Jugendliche dürfen nicht draufzahlen!

Die Bundesjugendvertretung (BJV) appelliert nach Ankündigung eines neuerlichen Lockdowns an die Bundesregierung, jetzt ein besonderes Augenmerk auf Kinder und Jugendliche zu legen. Die Jüngsten dürfen nicht erneut die Hauptlast der Pandemie-Maßnahmen tragen.

„Wir haben in den vergangenen Monaten ganz deutlich gesehen, wie einschneidend sich die Pandemie und die Lockdowns auf junge Menschen ausgewirkt haben. Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich enorm verschlechtert. Ein Drittel der Jugendlichen hat bereits depressive Symptome. Jetzt droht sich die Situation weiter zu verschlechtern“, so BJV-Vorsitzender Julian Christian.



Kinder bei Schulschließungen unterstützen

Die spezifischen Herausforderungen für Kinder und Jugendliche müssen bei diesem Lockdown unbedingt stärker berücksichtigt werden, so die BJV. „Besonders dramatisch sind für Kinder und Jugendliche Einschränkungen im Schulbetrieb. Für viele ist der Unterricht im Distance Learning nicht bewältigbar und wirkt sich dramatisch auf die psychische Gesundheit aus. Es darf jetzt keine Barrieren geben, auch an den Schulen lernen zu können. Dafür braucht es einheitliche Bedingungen in allen Bundesländern“, betont BJV-Vorsitzender Sabir Ansari.

6. Rund 70 Prozent der SchülerInnen am ersten Lockdown-Tag anwesend

Rund 70 Prozent der Kinder sind nach vorläufigen Zahlen am ersten Tag des österreichischen Lockdown in die Schule gekommen. Laut Bildungsministerium besuchten in sieben Bundesländern in etwa drei Viertel der Kinder die Schule, in Salzburg waren es dagegen nur rund 50 Prozent und in Oberösterreich zwischen 60 und 70 Prozent. Tendenziell kamen an den Volksschulen in manchen Bundesländern weniger Kinder, an den Sekundarstufen waren überdurchschnittlich viele Kinder anwesend.

Dabei handelt es sich allerdings erst um erste Zahlen aus den Bildungsdirektionen. Die Zahlen schwanken darüber hinaus je nach Schultyp und Standort. Der Montag sei außerdem noch ein Übergangstag, an dem viele Eltern noch nicht endgültig entschieden hätten, hieß es aus dem Ministerium gegenüber der APA.

In den bisherigen Lockdowns war es bei den Schultypen anders. Damals kamen an den Volksschulen deutlich mehr in die Klassen als an den Unter- und Oberstufen. Dass es diesmal eher umgekehrt ist, dürfte an der für ältere Schüler schon verfügbaren Impfung liegen.

An den Schulen gilt durchgehend Maskenpflicht - an den Volksschulen, Mittelschulen, AHS-Unterstufen und Sonderschulen müssen SchülerInnen mindestens einen Mund-Nasen-Schutz tragen, alle anderen SchülerInnen sowie alle LehrerInnen brauchen eine FFP2-Maske. Abgenommen werden darf die jeweilige Maske nur während der Maskenpausen beim Lüften. Außerdem wird dreimal pro Woche getestet - mindestens einmal per PCR-Test.

"Es zeigt sich, dass die Bevölkerung sehr verantwortungsvoll mit unserem Modell umgeht", meinte Bildungsminister Heinz Faßmann in einer der APA übermittelten Stellungnahme. "In Salzburg und Oberösterreich, den Ländern, die sehr betroffen sind, kommen deutlich weniger SchülerInnen als in den anderen Bundesländern. Insgesamt haben die Eltern Vertrauen in unser System und sind froh, dass die Kinder getestet werden."

7. Forderung nach Autonomie für Schulen

DirektorInnen und LehrervertreterInnen wollen die Möglichkeit bekommen, direkt am Schulstandort über das Schließen von Klassen bzw. die Umstellung auf Distance Learning zu entscheiden. Unterdessen zeigen Elternbriefe von Schulen, dass diese etwa mit Schularbeiten in der geplanten Zeit des Lockdown unterschiedlich umgehen - gleichzeitig lassen sie darauf schließen, dass Eltern mit der Entscheidung, ihr Kind in die Schule zu schicken oder nicht, oft überfordert sind. Die Lehrer-Gewerkschafter an den Pflichtschulen und den AHS sprechen sich grundsätzlich für offene Schulen aus. Gleichzeitig verlangen sie aber, dass die komplette Umstellung auf Distance Learning auch auf Schulebene möglich sein müsse. Das Schließen von Klassen wiederum soll ebenfalls entweder auf Schulebene (AHS) oder durch die Bildungsdirektion (Pflichtschule) mit nachträglicher Genehmigung durch die Gesundheitsbehörde erfolgen können. Ähnliches hatten am Freitag bereits die AHS-DirektorInnen gefordert. Außerdem soll an den Schulen häufiger PCR-getestet werden.



8. Vergangene Woche rund 5.400 positive Schul-PCR-Tests

In der vergangenen Woche wurden an den Schulen 5.437 positive PCR-Ergebnisse registriert, das waren deutlich mehr als in der Woche davor mit 3.500. Dementsprechend gestiegen ist auch die Zahl der coronabedingten Schul- bzw. Klassenschließungen: So waren mit Stand von Montag 16 der rund 6.000 Schulen wegen gehäufter Coronainfektionen zu (Woche davor: vier), dazu kamen noch 492 der insgesamt rund 58.000 Klassen (Woche davor: 159). In Wien gab es laut Daten von Bildungsinisterium und Stadt Wien in der Vorwoche 1.784 Treffer bei SchülerInnen (Woche davor: 862), dazu kamen 195 beim Schulpersonal. In Wien sind die Zahlen immer vergleichsweise höher, weil hier von den drei wöchentlichen Tests in der Schule zwei mit der aussagekräftigeren PCR-Methode abgenommen werden, in den übrigen Bundesländern war es bisher nur einer. In Oberösterreich waren vergangene Woche 1.210 SchülerInnen positiv (Woche davor: 673), gefolgt von der Steiermark mit 676 (328), Niederösterreich mit 557 (406), Salzburg mit 320 (209), Tirol mit 312 (248), Kärnten mit 277 (235), Vorarlberg mit 215 (96) und dem Burgenland mit 86 (73).

9. Sozialhilfe: Einbeziehung in die gesetzliche Krankenversicherung wird um zwei Jahre verlängert

Sozialhilfe- und MindestsicherungsbezieherInnen werden auch in den Jahren 2022 und 2023 in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen sein. Die entsprechende Verordnung soll in den nächsten Tagen dem Hauptausschuss des Nationalrates für die bis Ende des Jahres erforderliche Zustimmung zugeleitet werden. „Die Einführung der Krankenversicherung für alle MindestsicherungsbezieherInnen im Jahr 2010 war ein bedeutender sozialpolitischer Fortschritt. Sie löste das alte System der ‚Sozialhilfekrankenscheine‘ ab, das von den BezieherInnen, aber auch von den Armutsnetzwerken als stigmatisierend empfunden wurde.“

10. Skifahren bleibt im Lockdown möglich

Bisher war vorgesehen, dass Seilbahnen nur genutzt werden dürfen, wenn man sie zur Deckung persönlicher Bedürfnisse oder zu beruflichen Zwecken benötigt. In geschlossenen oder abdeckbaren Gondeln oder Sesselliften wie auch in geschlossenen Stationen muss jedoch eine FFP2-Maske getragen werden.

Kinder unter zwölf Jahren brauchen keinen 2-G-Nachweis. Die Sonderregelung für schulpflichtige Kinder zwischen zwölf und 15 Jahren gilt auch für Seilbahnen. Für sie wird der „Ninja-Pass“ aus der Schule einem 2-G-Nachweis gleichgestellt.

Mehr dazu: <https://tirol.orf.at/stories/3131054/>



Aus den Bundesländern

1. Landeshauptleute demonstrierten Geschlossenheit

Die Landeshauptleute haben nach der Verkündung eines neuerlichen Lockdowns und nach heftigem politischen Tauziehen versucht, Einigkeit zu demonstrieren. Burgenlands LH Hans-Peter Doskozil räumte gegenüber der APA jedoch ein, dass es "offen gesagt unterschiedliche Zugänge gab". Dass es nun doch zu einer Einigung zwischen Bund und Ländern gekommen sei, führte LH Schützenhöfer auf eine "Eigendynamik" zurück, die sich in solchen Sitzungen bekanntermaßen oft entwickle. Man habe "bis weit über Mitternacht verhandelt", verdeutlichte er. APA-Informationen zufolge dauerte die Unterredung bis 2.30 Uhr. Die Verhandlungen beschrieb er als "kollegial" und vom "Ernst der Lage" geprägt.

Er gab zu, dass er sich mit einem Lockdown "schwergetan" habe, aber die Zahlen würden schließlich auch in der Steiermark steigen. Ob die 20 Tage reichen werden, "weiß in Wahrheit auch kein Mensch". Die Impfpflicht hätte er gerne früher umgesetzt gewusst - bereits im Juni 2020 habe er eine solche gefordert. Damals sei er aber noch mit Morddrohungen und harscher Kritik konfrontiert gewesen.

Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner betonte in einem Statement gegenüber der APA die Notwendigkeit zur Erhöhung der Impfquote: "Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn uns die mangelnde Impfbereitschaft einiger von Lockdown zu Lockdown führt - und damit zu Einschränkungen für alle. Dem Spuk muss jetzt ein Ende gesetzt werden - und zwar garantiert und abgesichert. Und das gelingt nur mit einer generellen Impfpflicht. Das ist notwendig, damit wir endgültig rauskommen aus dieser unerträglichen Lockdown-Spirale."

Doskozil zeigte sich im APA-Gespräch - zumindest für das Burgenland - optimistisch, dass nach 20 Tagen Lockdown wieder aufgesperrt wird. "Ob das in anderen Bundesländern auch so sein wird, kann man nicht zu 100 Prozent sagen", so der SPÖ-Landeschef. Er verwies darauf, dass in den einzelnen Bundesländern die Corona-Situation unterschiedlich sei, doch "das Virus macht vor den Landesgrenzen nicht Halt". Heute sei ein Tag, "diesen gemeinsamen Nenner mitzutragen", und nicht mit "Schuldzuweisungen" zu beginnen. Er kündigte an, dass die SPÖ Impfpflicht im Parlament mittragen werde.

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser betonte, dass alle nun hinter dieser Entscheidung stünden. Alle habe geglaubt, dass man nun den "Menschen in dieser schwierigen Situation" beistehen müsse. "Es ist das oberste Ziel, Menschenleben zu retten", sagte er. Es sei bei der LH-Konferenz gelungen, "alle wieder zusammenzuführen". Er meinte, dass die Impfpflicht wieder "eine Perspektive" gebe und begründete diesen Schrittso: "Die Freiheit des Einen endet, wo die Freiheit des Anderen aufhört". Kaiser meinte zudem, dass es ihm besonders wichtig gewesen sei, bei den Schulen ein kombiniertes Modell aus Präsenz und Distance Learning zu erreichen. So würden alle den gleichen Lernstoff vermittelt bekommen.

Es sei allen daran gelegen gewesen, eine österreichweit einheitliche Linie zu finden, berichtete Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner, der per Video zugeschaltet war. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis auch die übrigen Bundesländer dort landeten, wo Oberösterreich und Salzburg bereits jetzt stünden. ExpertInnen hätten die bisherigen Maßnahmen nicht für ausreichend erachtet, um die vierte Welle zu brechen. Es sei daher klar gewesen, "dass wir an einem generellen Lockdown nicht vorbeikommen werden". Diese Entscheidung habe man sich nicht leicht gemacht. Zentral sei aber die Frage der Folgestrategie nach dem Lockdown, daher habe man intensiv über eine Impfpflicht und den dritten Stich diskutiert. Wallner appellierte an die Bevölkerung, impfen zu gehen und die Ruhe zu bewahren.

Auch die Landeshauptleute von Salzburg und Oberösterreich, Wilfried Haslauer und Thomas Stelzer, waren nicht persönlich anwesend, dagegen kam Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP). Die Landeshauptleutenkonferenz war geprägt von einem ungewöhnlich hohen Polizeiaufgebot. Auch Absperrungen rund um das Tagungshotel am Achensee wurden eingerichtet.



2. Prognose: Zahl der PatientInnen in Salzburg sprengt Kapazitäten

In Salzburg könnten bald mehr PatientInnen auf einer Intensivstation liegen, als Plätze vorhanden sind. Wie Salzburger Medien am Freitag berichteten, habe das Covid-Prognosekonsortium eine Bandbreite von 43 bis 82 Personen errechnet, die bis Anfang Dezember wegen einer Corona-Erkrankung eine Intensivversorgung benötigen. Am wahrscheinlichsten seien 60 intensivpflichtige Personen - das sind um gut zehn Menschen mehr als in der höchsten Versorgungsstufe (51 Betten).

Auf den Normalstationen rechnete das Gremium in zwei Wochen mit 200 bis 430 Personen, am wahrscheinlichsten seien 300. "Das liegt damit oberhalb der maximalen Bettenzahl der letzten möglichen Stufe unseres Versorgungsplans", sagte Richard Greil, Primar der III. Medizin am Salzburger Uniklinikum. Der Lockdown sei daher längst notwendig gewesen, denn er wirke in den Spitälern erst mit zwei Wochen Verspätung. "Wir stehen darum vor sehr, sehr schweren Zeiten."

3. Drei Viertel der BurgenländerInnen zumindest einmal geimpft

Das Burgenland hat bei der Corona-Erstimpfung am Sonntag die 75-Prozent-Marke geknackt. Drei Viertel der gesamten burgenländischen Bevölkerung sind zumindest einmal geimpft, teilte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in einer Aussendung mit. Bei der impfbaren Bevölkerung liegt die Quote bei 84 Prozent. Insgesamt haben 222.322 Personen mindestens die erste Teilimpfung erhalten.

In den sechs Impfstraßen, in denen seit vergangener Mittwoch ohne Anmeldung geimpft wird, wurden bisher 11.309 Dosen verabreicht, davon 1.511 Erststiche. Die dritte Impfung haben bereits 14 Prozent der Burgenländer erhalten. Doskozil bedankte sich angesichts dieser Zahlen bei der Bevölkerung sowie beim Gesundheits- und Pflegepersonal, dem Personal der Impf- und Teststraßen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Koordinationsstäbe: "Der burgenländische Weg ist ein erfolgreicher Weg", betonte er.

4. Impfstart für Kinder in NÖ für Ende der Woche geplant

Der Start für die Corona-Schutzimpfung für Fünf- bis Elfjährige ist in Niederösterreich für Ende der Woche geplant. Abgewartet wird noch eine positive Entscheidung des Nationalen Impfgremiums. Verabreicht werden die Injektionen für Kinder bei niedergelassenen Ärzten sowie in den Impfzentren in St. Pölten, Wiener Neustadt und Tulln, teilten LHStv. Stephan Pernkopf und Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig am Montag in einer Aussendung mit. In den drei genannten Impfzentren werden eigene Bereiche geschaffen, in denen "ausführlich Zeit für Aufklärung, Gespräch und Begleitung möglich ist", hoben die Landespolitiker nach einer Corona-Lagebesprechung mit Expertinnen und Experten der Landeskliniken, des Sanitätsstabs und der Impfkoordination sowie mit GemeindevertreterInnen hervor. Von der in der vergangenen Woche eingeführten Möglichkeit der Vorregistrierung für die Immunisierung der Fünf- bis Elfjährigen machten bisher 8.000 Eltern Gebrauch.

5. Impftermine für Kinder in Wien gut gebucht

In Wien sind seit Montag-Nachmittag 54.000 zusätzliche COVID-Impftermine für Kinder zwischen fünf und elf Jahren freigeschaltet. Die Termine wurden bisher gut gebucht. Am Donnerstag wird die Zulassung der Kinderimpfung durch die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) erwartet.

Mehr dazu: <https://wien.orf.at/stories/3131303/>



6. Tirol weitet Angebot für Kinder aus

Als erste Impfstraße in Tirol öffnete das Bezirkskrankenhaus in St. Johann seine Türen für Kinder. Der Andrang war groß, 169 Kinder zwischen fünf und elf Jahren wurden mit dem Impfstoff von BioNTech/Pfizer geimpft. Am Dienstag startet auch Innsbruck mit Impfungen für Kinder ab fünf Jahren. Im Laufe der Woche folgen Imst und Wörgl.

Mehr dazu: <https://tirol.orf.at/stories/3131190/>

7. Tirol: Recyclinghöfe erwarten Lockdown-Ansturm

Die Fahrt zum Recyclinghof bleibt auch im Lockdown möglich. Die Müllentsorgung gehört zu den Bedürfnissen, für die Ausnahmen vorgesehen sind. Wie der Tiroler Abfallwirtschaftsverband erklärt, bleiben die Recyclinghöfe deshalb wie gewohnt geöffnet.

Die Abfallverbände hoffen allerdings, dass die Bürgerinnen und Bürger die Hygienemaßnahmen einhalten. Gleichzeitig rufen sie dazu auf, mehrere Empfehlungen zu beherzigen, um Menschenansammlungen und Staus bei den Recyclinghöfen zu vermeiden. Die Erfahrungen der früheren Lockdowns haben gezeigt, dass es dann zu mehr Betrieb in den Recyclinghöfen kommt. Menschen würden zu Hause Ordnung schaffen wollen, Überflüssiges kommt vielfach zum Abfall. Zusätzlich rechnen die Abfallverbände in der Vorweihnachtszeit mit mehr Kartonagen und anderen Verpackungsmaterialien aus dem Versandhandel.

Um trotz des erhöhten Betriebs in den Recyclinghöfen eine reibungslose Abwicklung zu gewährleisten, bittet der Abfallwirtschaftsverband, Abfälle bereits zu Hause vorzusortieren. Nach Möglichkeit soll der Müll außerhalb der üblichen Stoßzeiten im Recyclinghof abgeliefert werden, um Staus und Wartezeiten zu vermeiden.

Mehr dazu: <https://tirol.orf.at/stories/3130846/>

8. Burgenland verlängert Hilfspaket für Kunst und Kultur

Dienstag erneut verlängert. Die Maßnahmen, die im Juni 2020 ins Leben gerufen wurden, laufen bis Ende 2022 weiter, gab Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in einer Aussendung bekannt. Die Kulturgutscheine werden ab 1. Dezember neu aufgelegt. Als Soforthilfe werden 30 Arbeitsstipendien zu je 2.500 Euro vergeben.

Das Budget für die Kulturgutscheine war im November bereits zur Gänze aufgebraucht. Das Land finanziert dabei jeweils 25 Prozent, wodurch ein Gutschein im Wert von 100 Euro dem Käufer 75 Euro kostet. Das Unterstützungsinstrument habe sich in den vergangenen Monaten bewährt, betonte Doskozil: "Die Verlängerung soll mit dazu beitragen, die Marktsituation für burgenländische Kunstschaffende zu stabilisieren." Das Land stelle vorerst 100.000 Euro zur Verfügung. Gerechnet wird mit einem ausgelösten Investitionsvolumen von 400.000 Euro.

Mit den Arbeitsstipendien will das Land Künstlerinnen und Künstler unterstützen, die im Lockdown ohne Engagements und Aufträge dastehen. 2020 wurden bereits 40 derartige Stipendien vergeben, 2021 weitere 20. Für die zusätzlichen 30 können ab sofort Anträge eingebracht werden. Sie werden für Projekte aus den Bereichen Literatur, Bildende Kunst, Medienkunst, Darstellende Kunst, Musik und Film ausgeschrieben. Vorerst stehen dafür 75.000 Euro zur Verfügung. Insgesamt investiert das Land 175.000 Euro in die Verlängerung des Hilfspakets.

9. 36 Beanstandungen am ersten Tag des Lockdowns in NÖ

Insgesamt 36 Beanstandungen wegen Verstößen gegen die Corona-Bestimmungen hat die niederösterreichische Polizei am Montag, dem ersten Tag des vierten bundesweiten Lockdowns, verzeichnet. Nach Angaben von Sprecher Ra im und Schwaigerlehner vom Dienstag gab es eine Anzeige, 35 Organstrafverfügungen wurden ausgestellt. Hauptsächlich registriert wurden Verstöße gegen die FFP2-Maskenpflicht. Knapp 5.800 Kontrollen gab es in Summe.



10. Steiermark: Kein Freitesten mehr am Ende der Quarantäne

Die stark gestiegenen Infektionen bringen das Gesundheitssystem an und über seine Grenzen; zuletzt kam aber auch das CoV-Testsystem zunehmend ans Limit. Nun wird in der Steiermark das System geändert: Wer positiv auf das Coronavirus getestet wird und zweimal geimpft oder genesen ist, der muss für zehn Tage in Quarantäne; wer nicht oder nur einmal geimpft ist, wird 14 Tage abgesondert.

Bis jetzt durfte man erst aus der Absonderung, wenn man vorher vom Gesundheitstelefon 1450 zum Freitesten geschickt wurde – dieses Freitesten am Ende der Quarantäne fällt nun aber weg: Die Quarantäne endet ab sofort automatisch nach zehn bzw. 14 Tagen. Damit will man die Testkapazitäten des Roten Kreuzes für die stark gestiegene Anzahl der CoV-Verdachtsfälle freimachen.



Aus den Städten und Gemeinden

1. Bürgermeister Luger: Lockdown und Impfpflicht sinnvoll – Schulen nur noch für unbedingt notwendige Betreuung

Positiv reagiert der Linzer Bürgermeister und Präsident des OÖ. Städtebundes, Klaus Luger, auf die Verhängung eines bundesweiten Lockdowns und die angekündigte Einführung einer Impfpflicht ab Februar kommenden Jahres. Dies sei konsequent, um den Teufelskreis sich wiederholender Lockdowns nach 20 Monaten Pandemiezeit zu durchbrechen. Die Chostage der letzten Wochen hätten die jetzt beschlossenen Maßnahmen verzögert. Mit diesem Makel müsse die Bundesregierung leben. Jetzt gehe es jedoch darum, nach vorne zu blicken und den Schulterschluss der Vernunft umzusetzen. Damit soll auch das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückgewonnen werden, betont Klaus Luger. „Der gestern verkündete landesweite Lockdown war ein richtungsweisender Schritt in der Bekämpfung der Pandemie. Ich bin froh, dass die Landeshauptleute diese oberösterreichische Initiative nun bundesweit umsetzen. Klare und strenge Maßnahmen sind derzeit eben unvermeidbar. Vor allem, wenn wir daran denken, der Bevölkerung Perspektiven auf ein möglichst angenehmes Weihnachten zu geben. Auch die Einführung einer Impfpflicht begrüße ich, denn wie die Geschichte zeigt, sind Pandemien letztlich nur mit Impfungen auf breiter Basis beherrschbar“, ist Bürgermeister Klaus Luger überzeugt.

Bürgermeister Klaus Luger: „Sofortige Umstellung auf Distance-Learning, Schulen nur für unbedingt notwendige Betreuung öffnen!“

Scharfe Kritik äußert der Linzer Bürgermeister Klaus Luger an Bundesminister Heinz Faßmann. Dieser gefährde durch sein dogmatisches Festhalten am Präsenzunterricht Erfolge im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Die Infektionslage eskaliere besonders in den Schulen. Seit Start des aktuellen Schuljahres ist alleine in der oberösterreichischen Landeshauptstadt ein Achtel aller SchülerInnen positiv auf Corona getestet worden. In der letzten Woche betrug der Anteil von Kindern und Jugendlichen an allen Corona-Neuinfektionen in Linz rund ein Drittel. Deshalb sei es laut Luger unvermeidbar, umgehend auf Distance Learning umzustellen. Schulen sollten nur für die unbedingt nötige Betreuung und Beaufsichtigung offenstehen.

„Minister Faßmann handelt stur und nicht lösungsorientiert. Es ist absurd, dass einerseits die Eltern gebeten werden, die Kinder nicht in die Schule zu schicken. Andererseits verbietet derselbe Minister die Umstellung auf Distance Learning, das von einigen Linzer Schulen über das Wochenende vorbereitet wurde. Was soll man von einem Bildungsminister halten, der PädagogInnen untersagt, alle ihre SchülerInnen zu unterrichten? Bundeskanzler und Gesundheitsminister sind dringend aufgefordert, diesem Treiben ein Ende zu bereiten und Faßmann zum Einlenken zu bewegen“, kritisiert das Linzer Stadtoberhaupt die Inkompetenz Faßmanns im Krisenmanagement.

Zu dem beklagen Eltern, dass zahlreichen SchülerInnen keine Lernpakete für die nächsten Tage in Aussicht gestellt würden. In manchen Linzer Schulen findet auch kein pädagogisch wertvoller Unterricht statt, da eben nicht alle Kinder anwesend sind. Gleichzeitig werden die epidemiologischen Ziele, nämlich die Infektionsketten zu unterbrechen, stark gefährdet, weil unter diesem Aspekt noch immer zu viele Kinder anwesend sind. „Ich gehe mit dem Wort Chaos vorsichtig um. Aber das, was sich in unseren Schulen abspielt, verdient diesen Begriff leider zu Recht“, so Luger abschließend.



Europa und International

1. Auch in Deutschland wird über eine Impfpflicht diskutiert

"Es wird keine Impfpflicht geben. Wir wollen keine Impfpflicht, sondern wir werben für das Impfen." Das sagte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) noch im Juli. Die deutsche Regierung hatte die Absicht, ohne Pflicht zum Piken durch die Pandemie zu kommen.

Doch angesichts der auch in Deutschland steigenden Zahlen, der immer volleren Kliniken und des Vorpreschens Österreichs sprechen sich auch in Deutschland immer mehr Politiker für eine Impfpflicht aus. "Die Inzidenzen gehen bei den Ungeimpften durch die Decke", sagt der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Man müsse zunächst noch einmal stark für das Impfen werben. Doch, so Söder: "Ich glaube, dass wir am Ende um eine allgemeine Impfpflicht nicht herumkommen werden."

Ähnlich sieht es SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Er sagt: "Ich würde das auf keinen Fall mehr ausschließen und tendiere dazu, zu sagen: Das hilft uns jetzt nicht akut, aber wir müssen uns einer Impfpflicht nähern. Ohne Impfpflicht erreichen wir offensichtlich die Impfquote nicht, die wir benötigen, um bei der Stärke der Impfstoffe, die wir haben, und dem R-Wert der Delta-Variante über die Runden zu kommen."

Auch der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther (CDU), erklärt, er hoffe immer noch, dass Deutschland es ohne Impfpflicht schaffen werde. Er erklärt aber auch: "Wenn nicht, bin ich allerdings auch bereit, diesen Schritt zu gehen. Unser Land darf nicht dauerhaft von dieser Pandemie dominiert werden."

Doch es gibt auch Ablehnung einer solchen Maßnahme. "Einer allgemeinen Impfpflicht im Sinne einer Zwangsimpfung stehe ich sehr skeptisch gegenüber", sagt der stellvertretende Unionsfraktionschef Thorsten Frei (CDU). Sie dürfe "wegen des schwerwiegenden Eingriffs in das Recht auf körperliche Unversehrtheit unter den derzeitigen Rahmenbedingungen auch unverhältnismäßig und damit verfassungswidrig sein". Auch die FDP hat verfassungsrechtliche Bedenken, Ablehnung kommt auch vom geschäftsführenden deutschen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Er sei immer skeptisch gewesen, daran habe sich "nichts geändert".

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000131327524/auch-in-deutschland-wird-ueber-eine-impfpflicht-diskutiert>

2. Deutschland: Bund-Länder Gipfel zu Corona

Bund und Länder haben sich auf einheitliche und flächendeckende Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung geeinigt. Die Beschränkungen orientieren sich künftig in drei Stufen an der Hospitalisierungsrate im jeweiligen Bundesland. Zudem sollen alle, die schon einen Impfschutz haben, zeitnah eine Auffrischungsimpfung („Booster“) erhalten.

Ab einer Hospitalisierungsrate von 3 haben flächendeckend nur noch Geimpfte oder Genesene (2G) Zutritt zu Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen, Gastronomie sowie zu körpernahen Dienstleistungen und Beherbergungen. Liegt die Hospitalisierungsrate über 6 müssen Geimpfte und Genesene zusätzlich einen negativen Test vorgelegen (2G plus). Diese Regelung gilt insbesondere an Orten mit besonders hohem Infektionsrisiko - etwa in Diskotheken, Clubs oder Bars.

Bei besonders hohem Infektionsgeschehen mit besonders hoher Belastung des öffentlichen Gesundheitssystems, spätestens wenn die Hospitalisierungsrate den Wert von 9 überschreitet, werden die Länder – unter Vorbehalt der Zustimmung der Landtage – weitere Maßnahmen ergreifen und können damit auch Kontaktbeschränkungen beschließen.

Wenn der Schwellenwert an fünf Tagen in Folge unterschritten wird, können die 2G-Regelungen wieder zurückgenommen werden. Ausgenommen von der 2G-Regel sind Kinder und Jugendliche unter 18 sowie Personen, die nicht geimpft werden können.

Darüber hinaus einigte man sich auf eine 3G-Regel am Arbeitsplatz sowie im öffentlichen Nah- und Fernverkehr.

Mehr dazu: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/corona-mpk-1980850>



3. Ausschreitungen bei Demos in Belgien und den Niederlanden

Bei Protesten gegen verschärfte CoV-Maßnahmen in Brüssel ist es gestern zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Auf Bildern der Nachrichtenagentur Belga waren Polizeiwagen mit zerbrochenen Scheiben, brennende Barrikaden und der Einsatz von Pyrotechnik zu sehen. Die Polizei bestätigte den Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas. Es habe 44 Festnahmen gegeben, drei PolizistInnen seien verletzt worden, hieß es weiter. Sechs Polizeifahrzeuge seien beschädigt, ein Roller der Beamten in Brand gesetzt worden. Auch Schaufenster und Autos von Privatpersonen seien in Mitleidenschaft gezogen worden. Einer Schätzung der Einsatzkräfte zufolge beteiligten sich rund 35.000 Menschen an der zu Beginn friedlichen Demonstration.

Erneut Krawalle in Niederlanden

In den Niederlanden kam es gestern Abend erneut zu Ausschreitungen im Rahmen von Protesten gegen die CoV-Maßnahmen. Unruhen gab es unter anderem in den Städten Leeuwarden, Groningen, Enschede und Tilburg. In Leeuwarden wurden Polizeiwagen mit Steinen beworfen, Demonstranten zündeten Leuchtraketen. In Enschede soll die Polizei Schlagstöcke eingesetzt haben. In Den Haag hatte die Polizei am Abend davor Wasserwerfer gegen Randalierer eingesetzt, die Beamten mit Feuerwerkskörpern attackiert sowie Ampeln und Verkehrsschilder beschädigt hätten. Fünf Polizisten seien verletzt worden, einer davon schwer, so die Polizei. Es habe 19 Festnahmen gegeben, hieß es. Insgesamt nahm die Polizei in mehreren Orten mindestens 40 Personen in Gewahrsam.

In Amsterdam kamen Tausende Menschen zu einem Protestmarsch zusammen, obwohl die Kundgebung von den Organisatoren nach den gewaltsamen Ausschreitungen in Rotterdam vom Freitagabend abgesagt worden war. Begleitet von einem großen Polizeiaufgebot verlief der Protest aber friedlich.

4. IT-Panne bei Start von 2-G-Regel in Tschechien

Zum Start der 2-G-Regel in Tschechien hat es eine IT-Panne gegeben. Zahlreichen vollständig gegen das Coronavirus Geimpften wurde ihr Zertifikat in der offiziellen App heute fälschlich als ungültig angezeigt. Das Gesundheitsministerium rief die Nutzer via Twitter auf, einen hinter einer Menüstruktur versteckten Knopf zur Aktualisierung zu drücken. Den noch bestand das Problem bei manchen Nutzern fort, die darüber in sozialen Netzwerken berichteten. Wer im rund 10,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Tschechien eine Gaststätte, ein Hotel oder einen Friseur besuchen will, muss seit Wochenbeginn vollständig gegen Covid-19 geimpft oder davon genesen sein.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3237442/>

5. Lockdown für Ungeimpfte in Slowakei

In der Slowakei ist mit Montag ein Lockdown für Ungeimpfte in Kraft getreten. Wie das Gesundheitsministerium mitteilte, dürfen Menschen, die nicht gegen das Coronavirus geimpft sind, beispielsweise nur noch Geschäfte des täglichen Bedarfs wie Lebensmittelgeschäfte und Apotheken aufsuchen – selbst wenn sie einen negativen CoV-Test vorweisen können.

„Wir haben einen Lockdown für Ungeimpfte beschlossen, weil wir sie schützen müssen“, sagte Ministerpräsident Eduard Heger im Sender RTVS. Heger will der Regierung in Bratislava auch eine Impfpflicht für Senioren vorschlagen.

Die 7-Tage-Inzidenz lag in der Slowakei zuletzt bei 917 – nur in Slowenien, Tschechien und Österreich ist sie noch höher.

„Die hohe Rate ist auf viele Faktoren zurückzuführen, von denen der wichtigste ist, dass wir nur sehr wenige Menschen geimpft haben“, sagte der Vorsitzende der Ärztegewerkschaft, Peter Vistolajsky. In dem EU-Land mit seinen 5,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sind bisher nur 45,7 Prozent der Bevölkerung vollständig gegen das Coronavirus geimpft.



6. Landesärztekammer Sachsen: „Wir müssen triagieren“

Sachsen muss sich nach Angaben der Landesärztekammer auf eine Triage vorbereiten. Es stünden im deutschen Freistaat nur noch wenige Betten auf den Intensivstationen zur Verfügung, sagte der Präsident der Landesärztekammer, Erik Bodendieck, dem Sender NDR Info. Wenn sich daran nichts ändere, müsse über eine Auswahl nachgedacht werden, wer behandelt werde und wer nicht.

„Wir müssen triagieren, und das werde ich diese Woche mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken noch mal besprechen.“ Triage bedeutet, dass Medizinerinnen und Mediziner aufgrund knapper Ressourcen entscheiden müssen, wem sie zuerst helfen.

7. Südtirol verschärft Maßnahmen

In Südtirol werden die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus verschärft. Es gilt nun eine verstärkte Maskenpflicht. In allen geschlossenen Räumen muss ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden – auch im Freien, sobald kein Abstand von einem Meter zu anderen Personen eingehalten werden kann. Zudem werden für 20 Gemeinden noch strengere Regeln verordnet, hieß es vom Land Südtirol in einer Aussendung.

Dort wird etwa eine nächtliche Ausgangssperre zwischen 20.00 und 5.00 Uhr eingeführt. Das eigene Zuhause darf während der Nacht nur zur Arbeit, gesundheitlichen oder sonstigen dringenden Gründen verlassen werden. Dafür wird wieder eine „Eigenerklärung“ benötigt, welche die Südtirolerinnen und Südtiroler dabei haben müssen.

Die Gastronomie muss um 18.00 Uhr schließen, es dürfen maximal vier Personen an einem Tisch sitzend bedient werden. Beherbergungsbetriebe, Schulen, Kindergärten und Betreuungseinrichtungen dürfen offen bleiben.

Alle Veranstaltungen in geschlossenen Räumen werden in diesen Gemeinden ausgesetzt, bei Events im Freien gilt die 3 G-Regel. Sport und Bewegung draußen ist nur dann erlaubt, wenn der Abstand zu anderen Menschen eingehalten werden kann – während der Ausgangssperre ist Sport jedoch verboten. Im Handel gilt eine FFP2-Maskenpflicht, im Freien reicht ein Mund-Nasen-Schutz, wenn kein Abstand möglich ist.

8. Internationales Medienecho zu Impfpflicht und Lockdown in Österreich

Die Verordnung des Lockdowns sowie die Ankündigung der Impfpflicht erregten international große Aufmerksamkeit. Eine Zusammenfassung der Berichterstattung aus Mittel- und Osteuropa finden Sie in **Beilage 1**.

